

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Christine Gorrengourt, CVP/EVP Fraktion:
Familienfreundliche Musikschule für alle Bevölkerungsschichten**

Autor/in: [Christine Gorrengourt](#)

Mitunterzeichnet von: Ackermann, Beeler, Berger, Birkhäuser, Göschke, Kirchmayr, Martin, Mohn, Reber, Ringgenberg, Schoch, Steiner, Trinkler, von Bidder, Wenger und Wiedemann

Eingereicht am: 10. September 2009

Bemerkungen: **Modifiziert überwiesen** am 25. November 2010 (Traktandum 15)
[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die Musikschulkosten sind für viele Gemeinden und Eltern auf ein unzumutbares Niveau gestiegen. Viele Gemeinden reagieren auf diese Kosten, indem sie das Bildungsgesetz nicht vollständig umsetzen, oder das Gesetz und die Verordnung sehr unterschiedlich interpretieren.

Mit den jetzigen Vorgaben des Kantons in der Verordnung ist die Chancengleichheit der Baselbieter Musikschülerinnen und Musikschüler nicht gewährleistet. Daraus folgen:

- **Unterschiedliche Berechnung der Elternbeiträge, unterschiedliche Lektionendauer,**
- **unterschiedlich lange Wartelisten, unterschiedliches Eintrittsalter,**
- **teilweise Subventionierung des Elterndrittels bei tieferen Einkommen oder Geschwister-
rabatte**

Beispiel der Auswirkung einer Subventionierung:

An der Musikschule Leimental werden Schüler und Schülerinnen aus Familien mit tieferen Einkommen subventioniert. Der Anteil der Schüler und Schülerinnen, die den Musikunterricht besuchen liegt daher bei 36%. Bei Musikschulen, welche keine Subventionierung durch die Gemeinden kennen, ist der Anteil der Musikschüler hingegen bedeutend niedriger. Ob hiermit die Chancengleichheit gewahrt wird ist also fraglich.

Vermeehrt lassen die Eltern ihre Kinder von privaten Musiklehrern unterrichten, da dies für die Eltern günstiger ist als der Musikschulunterricht. Dies verschlechtert die Verankerung der Musikschule in der Bevölkerung.

Unmut entsteht, da nicht nachvollzogen werden kann, wieso eine Institution mit Steuergeldern unterstützt wird, welche aus Kostengründen nicht für alle zugänglich ist.

Im Kindergarten und in der Primarschule unterrichten keine Fachlehrkräfte mit Ausbildung für Unterricht auf Sekstufe 2, auch in der Musikschule (KG und Unterstufe) soll dies so sein. (Ausnahme Begabtenförderung) Die musikalischen Kompetenzen könnten sich die Kindergarten- und Primarlehrpersonen mit Zusatzmodulen erwerben.

So würden die Schülerinnen und Schüler altersgerecht unterrichtet, die Kindergarten- und Primarlehrpersonen hätten einen grösseren Arbeitskreis und die Musikschule könnte besser in eine Tagesschule integriert werden. Mit den gleichen Ausgaben könnten mehr Schüler und Schülerinnen unterrichtet werden.

Laut Verordnung (156.95) sind für Musikschulen folgende Kriterien massgebend: (auch für Kindergartenkinder und Unterstufe)

Ausbildungsvoraussetzung: Musikhochschule 8 Semester

Lehrdiplom: Diplom Instrumentalunterricht

Lohnklasse: 12 / 13 mit AGJM-Ausweis und Lehrpatent /15 mit AGJM-Ausweis ohne Lehrpatent (AGJM-Ausbildung wird nicht mehr angeboten)

Ich bitte den Regierungsrat zu prüfen, ob weitere Ausbildungsabschlüsse, neben den Hochschulstudienabschlüssen zugelassen werden können, um den Musikschulunterricht für Kindergarten und Primarschule stufengerecht ~~und auch mit Lehrpersonen mit tieferem Lohnniveau~~ erteilen zu können. (Lohnstufe 13/15)

Gleichzeitig lade ich den Regierungsrat ein zu prüfen, wie die Verordnung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden angepasst werden kann, damit für alle Musikschülerinnen und Musikschüler im Kanton die Chancengleichheit im Musikunterricht in Zukunft garantiert ist.